

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post; abh. für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig.

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend. Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra.

62. Jahrgang

Leipzig, den 30. Juli 1924

Nummer 64

Das Dawes-Gutachten und die Arbeiterinteressen

Seit dem 10. Juli tagt in London die für Deutschlands Schicksal entscheidende Staatenkonferenz, zu der bei Erscheinen dieser Nummer nach dem bisherigen Lauf der Dinge auch Deutschland hinzugezogen sein wird. Es kann also zu keinem zweiten Versailles kommen, die Alliierten wollen Deutschland als gleichberechtigt anerkennen. Das dem leider durch seine wahrhaft republikanische Regierung in London antretenden Deutschland nicht viel Willens- und Bewegungsfreiheit eingeräumt werden wird, ist um so sicherer, als das tonangebende Amerika seinen Dawes-Bericht auch den anderen Ländern gegenüber, namentlich Frankreich, nach dem Grundsatz „Vogel friß oder stirb“ als Ganzes verteidigt. Wilsons Schicksal der vierzehn Punkte ist ein einmaliges Schindluderstück der französischen Macht gewesen. Das Diktat der amerikanischen Diplomaten und der Bankiers auf der Londoner Konferenz kann für Frankreich, soweit es noch dem Poincarismus verfallen ist, der gleiche moralische Genickstoß werden wie das Diktat von Versailles für Deutschland in finanzieller und ideeller Hinsicht. Herriot hat einen furchtbaren schweren Stand in London, obwohl die Wahlen vom 11. Mai eigentlich schon den Schlüsseltrieb unter die Poincaré-Millerandische Gewaltpolitik gezogen haben. Hätte das deutsche Volk nicht die Riesenelei mit der Reichstagswahl vom 4. Mai beangungen, würden die Konferenzmachthaber vielleicht Frankreich gegenüber noch energischer auftreten. Wenn auch England und Frankreich jetzt verständnis regiert werden, so muß der von Amerika mit seinem Goldbesitz ausübende Druck doch viel nachhelfen. Bei Deutschland erst zuckt, wo Deutschland nationale, Völkische und Kommunisten als heilige Dreieinigkeit die wahren Volksinteressen weit, weit hinter ihre egoistischen Parteinteressen stellen; auch wieder beim Dawes-Gutachten und der damit bevorstehenden endgültigen Lösung der Reparationsfrage.

Gewiß, die Arbeiterschaft hat und muß ihre großen Besorgnisse und Bedenken dabei haben. Die richtige Verteilung der Lasten ist der Kernpunkt dieses großen Schrittes von weltgeschichtlicher Bedeutung! Wenn man sieht, wie die den kapitalistischen Interessen ergebene Reichsregierung zur Liebes- und Subsidienpolitik im großen übergehen will und der Besitz immer weniger von vaterländischen Interessen geleitet wird, dann weiß man auch, daß nach der Statuierung des Dawes-Gutachtens durch die Londoner Konferenz schwere Kämpfe in Deutschland ausbrechen werden. Die Arbeiterschaft wird sich mit allen Mitteln und Kräften zu wehren haben. Wie der zweite Artikel in dieser Nummer es erkennen läßt, besteht darüber gar kein Zweifel. Der Ausgang entscheidet aber auch hier.

Warum das Dawes Gutachten angenommen werden muß und warum der Kampf dabei wird, das muß von vornherein klar sein. Da in den letzten Nummern angesichts der zeitlichen organisatorischen Erfordernisse für uns Buchdrucker allgemeine Analeckenheiten stark in den Hintergrund treten mußten, konnte der „Korr.“ dem Dawes-Gutachten noch nicht die erforderliche Aufmerksamkeit widmen. Nun soll das nachgeholt werden, indem wir nachstehend eine Autorität in Reparationsangelegenheiten das Wort erteilen, nämlich dem Professor Dr. Julius Hirsch, ehemaligem Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium unter Robert Schmidt. Allerdings sind die drei Aufsätze von Professor Hirsch in der „Gewerkschaftszeitung“ so umfangreich, daß wir durch Zusammenfassen uns auf etwa die Hälfte der Ausführungen beschränken müssen. In einer späteren Nummer werden wir durch Blendlichter aus dem Birtas Deutschland noch manches verständlicher machen. Bemerk sei, daß Rudolf Wissell, Kurt Heinig und E. Mierendorff im Verle der Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, auch eine instruktive Schrift (61 Seiten) über das Dawes-Gutachten herausgegeben haben.

Professor Hirsch behauptet in seiner Einleitung stark die ganzen Unverständlichkeiten und Unnatürlichkeiten des Reparationsprozesses in Deutschland, charakterisiert die Minderheitspolitik der Führer der deutschen Industrie, die nicht aber, nachdem die Weimarer Republik die Schuldlasten sich in den unheimlich schweren Lasten der Weimarer Zeit beinahe hat, Erhaltungspolitik durch Zustimmung zum Dawes-Gutachten freieren. Gegenüber Weimarer Verträgen, Ruhrbesetzung und Aus-

einanderreißen der deutschen Wirtschaft steht Hirsch in dem Sachverständigen Gutachten des Dawes-Komitees einen großen Fortschritt. Die Hauptgrundzüge desselben sind:

1. Vorbedingung zu irgendeiner Lösung der Reparationsfrage ist die Stabilisierung der deutschen Währung und der Ausgleich des deutschen Budgets. Ein solches ist nur möglich, wenn Deutschland die wirtschaftlichen Mittel seines Gebietes zur Verfügung hat und darin und damit frei wirtschaften kann.

2. Eine Sicherheit der Währung wird nur gewährleistet, wenn die Wechselwährungen, insbesondere auch die Rentenmark, durch eine echte Goldwährung (Goldnotenbank) ersetzt werden.

3. Der deutsche Etat muß so aufgemacht werden, daß er nicht nur die inneren Verwaltungsausgaben deckt, sondern auch für die Kriegsschulden ausreichende Beträge bereitstellt. Dies ist nach Ansicht des Dawes-Komitees bei geeigneter Besteuerung möglich, ohne die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung unter diejenige der wichtigsten Ententestaaten sinken zu lassen.

4. Die Lasten des Friedensvertrages müssen in eine Summe zusammengefaßt werden. Bei dem jetzigen geschwächten Zustande der deutschen Wirtschaft ist eine Zahlung im ersten Jahre überhaupt nicht, in den drei folgenden Jahren nur in allmählich steigendem Maße möglich. Deswegen muß das erste Jahr, in dem Zahlungen gemacht werden müssen, durch eine auswärtige Anleihe von 800 Millionen Goldmark gestützt werden, im zweiten Jahre muß für einen Teil der Reparationslast der Betrag durch Verkauf von Eisenbahnobligationen heringebracht werden.

Wie sich das Dawes-Komitee die deutsche Belastung in den nächsten Jahren denkt, zeigt die folgende Tabelle:

Vorgesehene Zahlungen Deutschlands
(in Millionen Goldmark)

Jahr	Eisenbahnobligationen	Verkehrssteuer	Industrieobligationen	Faustmittel	Verkauf von Eisenbahnobligationen	Auswärtige Anleihe	Zusammen
1924-1925	200	—	—	—	—	800	1000
1925-1926	595	—	125	—	500	—	1220
1926-1927	550	200	250	110	—	—	1200
1927-1928	650	200	300	500	—	—	1750
1928-1929	600	200	300	120	—	—	1220

Nach dem Normaljahr von 1928/29 tritt eine etwaige Steigerung ein, wenn Deutschlands Wohlstand sich hebt. Diese Steigerung wird nach einem „Wohlfstandsindex“ gemessen. Würde die deutsche Wohlstandsentwicklung etwa in gleichem Maße vor sich gehen wie in dem Jahrzehnt vor dem Weltkrieg, so würde ein jährlicher Zuwachs von etwas über 3 Proz. in Betracht kommen. Für die Jahre 1929 bis 1934 sieht aber das Sachverständigen Gutachten davon nur die Hälfte vor.

Wie die Tabelle zeigt, nimmt das Sachverständigen Gutachten die Lasten: aus einer Belastung der in Form einer Privatgesellschaft an überführenden Eisenbahnen, die insgesamt mit 22 Milliarden Goldmark belastet werden, wovon der Entente 11 Milliarden Goldmark zufallen; aus der Eisenbahnverkehrssteuer; aus einer Sachverhaftung der Industrie in der Form von Obligationen, die 5 Milliarden Goldmark umfassen; der Rest der erforderlichen Steuersumme wird aus dem Etat aufgebracht, insbesondere hatten dafür die Zölle, die Steuern auf Zucker, Bier, das Alkoholmonopol und das neu zu schaffende Tabakmonopol. Damit wird nur gesichert, daß die Beträge in deutscher Währung aufgebracht werden. Ob und wieviel davon in Devisen bezahlt werden kann, ob und wieviel in Entschuldigungen abgenommen wird, das regelt ein „Agent für Reparationszahlungen“, der diejenigen Beträge, die nicht ohne Gefahr der Erschütterung der deutschen Währung ins Ausland übertragen („transferiert“) werden können, für Rechnung der Entente in Deutschland ausleihen kann. Dies bis zu einem Betrage von 5 Milliarden Goldmark. Ist dieser Betrag erreicht, so hören deutsche Reparationszahlungen so lange auf, bis wieder „transferiert“, d. h. in Waren oder Geld ohne Erschütterung der deutschen Währung an das Ausland geliefert werden kann. Zur Kontrolle der deutschen Reparationsleistungen werden eingesetzt: neben dem „Agenten für Reparationsleistungen“ je ein Komitee für Eisenbahnen, Goldnotenbank

und die Verbrauchssteuern und Monopole mit je einem Entente-Kommissar als Vorsitzendem; dazu ein Komitee für die Industrieobligationen.

Hätte Deutschland die Wahl zwischen vorläufigen Lösungen, wie sie Rathenau zunächst für kürzere Frist vereinbart hatte, und dem Plan der Sachverständigen, so würde man sehr wahrscheinlich heute gern die Rathenau-Lösungen wählen. Die Wahl heißt aber gar nicht mehr Dawes oder Rathenau, sondern Dawes oder Micum-System. Und nachdem dieses unglückselige, der Entente nicht sehr viel einbringende, Deutschland aber in unerträglicher Weise belastende System einmal da ist, ist für jeden vernünftigen Urteilenden eine Ablehnung des Dawes-Gutachtens ganz ausgeschlossen. Seine Voraussetzung ist zum mindesten die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit, und auf abschbare Zeit kostet es Deutschland als Ganzes nicht mehr, sondern weniger als dieses Drucksystem unter der Ruhr-Befehung, das außerdem Deutschland wirtschaftlich zerspalte. Für die deutsche Arbeitnehmerschaft im besondern ist aber offensichtlich, daß sie schon jetzt unter dem Micum-System in unerträglicher Weise leidet, weil die Unternehmer der Reparationsprovinzen auf sie und ihren Lohn diese Last weitgehend mit abgewälzt haben und weiter abzuwälzen versuchen, und weil sie trotzdem wegen dieser Lasten überhöhte Preise nehmen müssen, die Arbeiter also auch als Verbraucher dadurch bei den wichtigsten Kohstoffen, insbesondere bei der Kohle, schwerstens geschädigt werden. Das Micum-System erzwingt neben andern Umständen zu hohe Warenpreise in Deutschland, diese drücken die Kaufvermögen und machen unsere Handelsbilanz passiv, erhöht damit die Nachfrage nach Devisen. Deshalb bedroht das Micum-System, je länger desto mehr, die deutsche Währung mit neuer Erschütterung. Daß aber von einer neuen Inflation die Arbeiterschaft am schwersten getroffen werden würde, das hat Graßmann vor dem Sachverständigen-Komitee so eindringlich dargelegt, daß dieses die Ausführungen in der ganzen Welt verbreitet hat. Das Sachverständigenautachten ablehnen, bedeutet vielleicht völlige, aber jedenfalls nicht vernünftige und erst recht nicht nationale Politik. Es annehmen, bedeutet darum noch lange nicht den Verzicht auf schleunigste Erreichung einer besseren Lösung, die durchaus möglich erscheint.

Aller Voraussicht nach wird die Annahme des Gutachtens schon recht bald gegenüber der heutigen Lage wesentliche Verbesserungen in der deutschen Wirtschaft zur Folge haben, wenn auch diese Verbesserungen nicht das von manchen erträumte Ausmaß erreichen, nicht einmal dasjenige, das eine gradlinige Fortführung der Politik Rathenau zur Folge gehabt hätte. Insbesondere wird die Ein- und Durchführung einer echten Goldwährung gegenüber der jetzigen Befehlszwangswährung eine weit größere Sicherung vor neuer Inflation bedeuten und damit der gesamten Wirtschaft erst wieder den Boden für eine gesunde, dauerhafte Weiterentwicklung geben. Darüber hinaus darf aber nach einer gewissen Übergangszeit eine wesentliche Besserung der Wirtschaft deswegen erwartet werden, weil zunächst die Micum-Lasten wegfallen.

Zu Anfang nächsten Jahres kommt eine weitere bedeutsame Veränderung unserer Situation, die wir der Arbeit unserer Unterhändler auf der Konferenz von Genue, insbesondere derjenigen von Rathenau, verdanken. Bisher waren wir auf dem Weltmarkt nicht gleichberechtigt, die „einstellige Meißbegünstigung“ des Versailles-Vertrages bedeutete, daß wir allen Entente-Staaten jeglichen Vorteil bei Ein- und Ausfuhr einräumen mußten, während die andern uns gegenüber keinerlei Vorteile gewährten. Deswegen bekamen wir für unsere Ausfuhr, wie wir in Cannes berechnet haben, 20 bis 25 Proz. weniger, als der wirkliche Wert war (das ist im Jahre beinahe 1 Milliarde Goldmark), den wir dann größtenteils voraussichtlich mehr hereinholen können, oder fast 4 Proz. unseres Volkseinkommens.

Doch sei auch hier davor gewarnt, diese günstigen Wirkungen zu schnell zu erwarten. Trotz der Annahme des Dawes-Gutachtens müssen wir durch eine scharfe Vereinstungs-Krise hindurch, weil in der unglückseligen Inflationszeit unsere Industrie- und Handelswirtschaft sich vollkommen falsch organisiert hat. Wir haben viel zuviel Betriebe in Handel und Bankwesen und viel zuviel und auch rückständige Betriebe in unserer Industrie. Eben deswegen sind wir, während unsere landwirtschaftlichen Preise unter dem Weltmarkt liegen, unsere Löhne noch recht beträchtlich darunter bleiben, mit unsern industriellen Preisen darüber, und diese viel zuviel in der Wirtschaft kann nur eine Krise beseitigen. Je schneller sie kommt, desto besser, insbesondere auch für die Arbeiter; übrigens auch mit Rücksicht auf das Dawes-Gutachten.

Die hauptsächlichsten Bedenken gegenüber dem Dawes-Gutachten liegen in vier Punkten:

1. Die Belastung des deutschen Volkes wird zunächst bedeutend schwerer, als der Dawes-Verzicht annimmt.
2. Der Plan enthält eine wirtschaftliche Ungerechtigkeit, indem er schon Teile der deutschen Schuld kapitalisiert, d. h. Teile des deutschen Volkseinkommens vorweg verkaufen will, ohne daß überhaupt gesagt ist, wieviel denn die Last beträgt, also welche Teile des deutschen Volkseinkommens überhaupt gefordert werden.
3. Recht beträchtliche Gefahren liegen darin, daß die Eisenbahnfrachten nicht mehr nach den Interessen der deutschen Wirtschaft allein festgesetzt werden, und vor allem auch, daß die deutsche Zinspolitik nicht mehr in unsern eigenen Hand, sondern im Interesse der „Transferteilung“ in fremde Hand geht. Darin liegt aber eine recht beträchtliche Gefahr für das künftige Lohnniveau.
4. Die Verteilung der Lasten, die der Verzicht vornimmt, ist zu nicht einmal zweifelsohne ungleich und trifft unvernünftigmäßig schwer die Arbeiterschaft in ihrer Eigenschaft als Arbeiter sowohl wie als Verbraucher.

Wir wollen diese Mängel untersuchen, um daraus die wirtschaftlichen Richtlinien zu finden, nach denen Umgestaltung und Ausbau unseres Reparationsystems unter allgemeinem Gesichtspunkte sowohl wie insbesondere unter denjenigen der Arbeiterschaft sich zwingend ergeben.

Zu 1: Die Last ist schwerer als an dem. Es galt bei manchen „Sachverständigen“ des Reichsverbandes der Deutschen Industrie stets als patriotische Pflicht, die deutsche Wirtschaft als rettungslos passiv darzustellen, also als eine solche, die mehr verzehrt, als sie erzeugt. Insbesondere wurde der Mißstand als die Ursache dieser immer weiter gehenden Verelendung der deutschen Wirtschaft bezeichnet. Auf das Ausland aber haben derartige pseudopatriotische Behauptungen genau gegenteilig gewirkt. Auf Grund der bitteren Klagen über Verelendung der Wirtschaft erwartete man in Deutschland heruntergewirtschaftete Eisenbahnen, zerfallene Fabriken, vielleicht sogar unterernährte Unternehmer zu finden. Statt dessen sah man ausgebaute Fabriken, ein ganz leidlich wieder hergestelltes Eisenbahnsystem und bis vor kurzem eine verhältnismäßig große Zahl neuer Unternehmer und keine Zusammenbrüche. Daraus und auch auf Grund einzelner Mißgriffe in dem den Sachverständigen vorgelegten Material sind diese nun zu einem genau umgekehrten Schluß gekommen, nämlich, daß die deutsche Wirtschaft sich schnell wieder hergestellt habe, daß die deutschen Eisenbahnen in besserem Zustand seien als die der Entente-Staaten selber, und daß also die Wirtschaftskraft Deutschlands unverhältnismäßig viel größer sein müsse, als irgend jemand es bisher gesagt hat. Leider haben unsere Ministerien an tatsächlichen Material solches vorgelegt, das jeden Nationalökonom auf starke Steigerung der produktiven Volkskraft schließen läßt, nämlich: Mitteilungen über verhältnismäßig schnelles Wiederanwachsen unseres Volkes. Von 1918 bis Anfang 1923 ist die Volkszahl von 59 1/2 Millionen wieder auf beinahe 64 Millionen gestiegen. Unerwartendes Anwachsen der Erwerbstätigen: 30 Millionen hatten wir 1907, es mühten nach den Abstellungen 27 1/2 sein, ausgewiesen haben wir aber 33 Millionen. Bei steigender Volkszahl sinkende Ausfuhr an Lebensmitteln und doch nicht erhöhte Sterblichkeit, starken Wiederaufbau im Eisenbahnwesen und sogar Überschätzung der wahrheitlichen Leistungen der Bahnen im nächsten Jahr (in den Angaben unserer eignen Verwaltung). Aus alledem machen sich Nationalökonom von dem Range eines Dawes, Stamp und ihrer Mitarbeiter ihren eignen Vers. Nicht genügend betont wurde aber offenbar, daß das starke Anwachsen unserer Erwerbstätigen teilweise eben doch eine Folge der Verarmung von Volk und Wirtschaft gegenüber 1914 ist, daß der Wiederaufbau unserer Eisenbahnen produktive Erwerbslosten für große Stills war, also gar nicht in dem vermuteten Maße Bereicherung, und daß in alledem obendrein noch ziemlich viel Täuschung liegt, weil in unserer Wirtschaft viel zuviel Arbeitskraft in viel zuvielen Handels- und Bankgeschäften ganz unproduktive Arbeit tut. Folglich: Daß die Vereinstungs-Krise, die kommen wird und an deren Ende wir noch lange nicht stehen, dieses Bild der guten Beschäftigung zunächst einmal gründlich verändern wird, daß also die Wahrscheinlichkeit schnellen starken Wiederaufstiegs unserer Wirtschaftskraft bei weitem nicht so groß ist, wie Dawes und die Seinen nach dem ihnen vorgelegten Material und nach dem Augenschein offenbar angenommen haben. Daraus ergibt sich folgende Schlussfolgerung: Das Dawes-Komitee berechnet die normalen Ausgaben für Reich, Staat und Gemeinden anscheinend auf etwa 6 Milliarden Goldmark, diejenigen für Reparationen auf 2 1/2 Milliarden Goldmark. Das heutige deutsche Volkseinkommen wurde ihm mit 25 Milliarden angegeben, dasjenige vor dem Kriege war etwas über 40 Milliarden. Vom heutigen Volkseinkommen (so sind die Sachverständigen überzeugt) können die Deutschen überhaupt keine Reparationen zahlen, von demjenigen in vier Jahren aber 2 1/2 Milliarden. Da die normale Steuerbelastung des Deutschlands der Vorkriegszeit etwa 15 bis 17 Proz. des Volkseinkommens ausgemacht haben mag, so wäre in der Tat der jetzige Vorschlag, der insgesamt einschließlich Reparationen etwas über 20 Proz. bringt, nicht übermäßig — wenn eben dieses Volkseinkommen erreicht werden könnte! Aber auch wenn man die jetzige Entwertung des Geldes und die daraus hervorgehende internationale Preissteigerung als zunächst einmal dauernd zugrunde legen wollte, so wird deswegen voraussichtlich die Last schwerer werden, weil eben die Steigerung unseres Volkseinkommens erst durch eine schwere Krise hindurch und dann sehr wahrscheinlich viel langsamer erfolgen wird, als es dem Dawes-Komitee aus dem Kontrast zwischen Klagen unserer Wirtschafts-„Führer“ und der Wirklichkeit eines mutigen, unter Entbehrungen weitesther Volkstreife begonnenen Aufbaues erschienen ist.

Zu 2: Hätte Deutschland wie Frankreich 1870 Gold genug im Lande, um die Kriegsschuld abzutragen, so würde beiden Teilen am besten gedient sein: Deutschland würde sich mit einem Ruck seiner Last durch Goldzahlung entledigen, die Entente würde ihre eigenen Staatsschulden, Pensionen und so weiter mit diesem Golde abtragen oder finanzieren. Weil davon nie die Rede sein konnte, wurde die Schuld zunächst als eine Hypothek betrachtet. Das Dawes-Komitee übergibt nun der Reparationskommission 11 Milliarden deutsche Eisenbahnobligationen und 5 Milliarden Industrieobligationen, zusammen 16 Milliarden Goldmark. Diese können vorweg verkauft werden. Aber die Endsumme der Schuld ist nicht festgesetzt. Von den Summen des Normaljahres bedeuten die Obligationen nicht ganz 40 Proz. Demnach wäre der Gesamtbetrag der deutschen Schuld auf 40 Milliarden Goldmark veranschlagt und würde bei Tilgungsraten von 1 Proz. jährlich in etwa 36 Jahren getilgt sein. Das ist aber nirgendswo ausdrücklich gesagt, und so besteht allerdings die Gefahr, daß bei irgendeiner Umänderung der Meinungen zwar Teile des deutschen Volkseinkommens abkaufte sind, aber die Gesamtschuld selber gar nicht endgültig festgesetzt ist. Das erhöht aber wieder außerordentlich die Kapitalisierung der

deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler, zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland, weil es vertragsmäßig dann die Rückerstattung der besetzten Gebiete verlangen und auch mit einer überhöhten Anstrengung sich wieder freie Bahn für seine ganze Wirtschaft schaffen kann. Nicht zum mindesten auch Freiheit in seiner ganzen Wirtschaftspolitik, die bis dahin nicht mehr allein von ihm, sondern eben von den Kommissaren seiner Gläubiger mit bestimmt wird. Sehr müssen wir eine größere Zahl solcher „Berater“ annehmen, und jetzt tut es der Reichsverband der Deutschen Industrie ohne Beschwerde!

Zu 3: Die Führung unserer Wirtschaftspolitik ist künftig nicht mehr allein unsere Sache. Deutlich erklärt der Dawes-Bericht, daß die bisherigen Richtlinien unserer Frachtpolitik, nicht etwa nur diejenige der Inflationszeit, sondern schon die der Vorkriegszeit eine Art „Dumping“ gewesen sei, weil man nicht so sehr auf die Rentabilität der Bahnen, sondern auf die Produktivität der ganzen Volkswirtschaft hingearbeitet hat. Die Sachverständigen verweisen auf die rein privatwirtschaftlichen Grundsätze der Frachtpolitik der Bahnen in den Vereinigten Staaten und in England. Sie übersehen dabei, daß in Deutschland das Eisenbahnwesen eine ganz andre Bedeutung hat als in dem meermehreren, von Kanälen durchzogenen englischen Königreich oder gar als in den Vereinigten Staaten, wo der Rohstoffreichtum des Landes der ganzen Volkswirtschaft ganz andre Kostenvorteile als der deutschen bietet. Die beiden praktischen Schlussfolgerungen sind aber die, daß wir für die nächste Zeit mit einem sehr entschiedenen Nachlassen der Eisenbahnaufträge für Neubauten und Ausbau des Bahnwesens und mit sehr beträchtlich höheren Frachten als vor dem Weltkrieg zu rechnen haben. Die Sachverständigen können sich aber bei all ihren Ausführungen darüber auf deutsche Aussagen stützen. Aus Furcht vor einer Belastung ihrer eigenen Sachwerte haben die deutschen Industriellen immer wieder auf die grobe Belastungsfähigkeit unserer Eisenbahnen hingewiesen. Die Zinspolitik ist ausdrücklich mit in die Hände nicht nur der neuen Notenbank, sondern unter Umständen auch des „Agenten für Reparationszahlungen“ gelegt. Die Einsetzung dieses Agenten ist zunächst eine den deutschen Interessen günstige Maßnahme. Das Ausland hat uns immer wieder vorgerechnet, daß unsre innere Steuerkraft bei richtiger Anpassung sehr beträchtliche Summen für Reparationszahlungen aufbringen könne, zumal wir ja für die Kriegsanleihe infolge der Wertverminderung der Mark überaus hohe Zinsen aufzubringen hätten. Demgegenüber haben wir stets auf die Tatsache verwiesen, daß Geldeinfuhr im Inlande noch lange nicht Zahlung an das Ausland sei. Versuche man für die aufzubringenden Mark Devisen zu kaufen, so würden, wenn nicht aus großem Überschub der Ausfuhr über die Einfuhr viele Devisen übrig seien, eben draußen immer mehr Marknoten zum Verkauf angeboten, der Preis der Mark müßte sinken, und so würde wieder eine neue Währungs-katastrophe entstehen. Diese ganzen Schwierigkeiten löst der Dawes-Bericht nicht, sondern er überträgt diese ganzen Aufgaben auf einen Agenten für Reparationszahlungen. Dieser soll einmal die vorgeschriebenen Markbeträge einziehen und dafür so viel wie möglich Devisen oder auch deutsche Waren kaufen, unter Umständen auch deutsche Aktien und sonstige Sachwerte. Was er nicht an das Ausland übertragen (in der Sprache des Berichtes „transferieren“) kann, das soll er in Deutschland für Rechnung der Entente ansammeln und ausgeben, bis 5 Milliarden Goldmark erreicht sind. Erst dann hören eine Weile die inneren Zahlungen auf. Die Hauptaufgabe des Agenten ist schließlich, dafür zu sorgen, daß die Entente möglichst große Zahlungen in Gold und Sachleistungen erhält. Deshalb muß er dafür sorgen, daß möglichst viel Devisen nicht nur nach Deutschland hineinkommen, sondern besonders auch verfügbar in der neuen Notenbank bereitgestellt werden. Das kann man erfahrungsgemäß so machen, daß man den Zinsfuß hoch ansetzt. Hoher Zinsfuß lockt nicht nur Inlandsgeld, sondern auch Auslandsgeld, also Devisen an. Auf diese Möglichkeit weist der Dawes-Bericht zwar vorsichtig, aber doch recht deutlich hin.

Zu 4: Die Lohn- und Gehaltsempfänger, die in der ganzen Zeit der Inflation neben den Rentenempfängern und Papiermarkbesitzern fast die alleinigen Träger aller Lasten aus Reparationserfüllung und Nichterfüllung und aller sonstigen Staatslasten gewesen sind, sollen, wie die Lastenverteilung, die das Gutachten nunmehr vorsieht, wieder zu Hauptträgern der Belastung gemacht werden. Im Sommer 1921 hatte aber Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt vorgeschlagen, durch eine Sachwertbelastung sowohl die Reparationslast auf den entschuldeten Sachwertbesitz zu übernehmen, wie auch die Währung auf gleichem Wege vor weiteren Stürzen zu bewahren. Damals hätte also der Besitz der Reparationslast zusätzlich tragen und damit einen Ausgleich gegenüber der schweren Belastung gewähren sollen, welche die breiten Massen bis dahin durch Geldentwertung bereits erlitten haben. Das wurde aber unter unerhörter Agitation abgelehnt. Immerhin hat auch die Cuno-Regierung im Juni 1923 der Entente an, die Lasten so zu verteilen, daß ein Drittel durch eine Sachwertbelastung von Industrie und Landwirtschaft, ein Drittel durch eine Last auf die Eisenbahnen und ein Drittel durch eine Belastung des Verbrauchs getragen werden sollte. Die jetzige Lastenverteilung sieht aber so aus: Es tragen von der Last im Normaljahr

die Eisenbahnfrachten und Eisenbahnsteuern	rund 40 Proz.
die Sachwertbelastung der Industrie	12 Proz.
Verbrauchssteuern, Zölle und Tabakmonopol	48 Proz.
	100 Proz.

Nun ist heute die Belastung der Eisenbahn auch nichts anderes als eine Verbrauchssteuer. Folglich werden wir, und die Eisenbahnfachverständigen sagen das auch recht deutlich, kräftig gesteigerte Eisenbahnfrachten haben, und da die Frachten nun einmal in den Selbstkosten gehören, eine Tendenz zu verhältnismäßig hohen Preisen infolge dieser Preissteigerung der Eisenbahnen. Wahrscheinlich trägt von den ganzen Lasten der Besitz der Handel und Industrie noch nicht ein Viertel, und die übrigen sieben Achtel fallen praktisch weitestgehend auf die Verbraucher, insbesondere auf die breiten Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger. Dieses Mißverhältnis übersehen auch die Verfasser des Dawes-Berichtes nicht. Doch weisen sie in ihren Darstellungen ausdrücklich darauf hin, daß die von ihnen verlangten Einnahmepfänder ja nur einen Teil der deutschen Staatslasten darstellen, und daß gegenüber dieser Belastung des Verbrauchs Deutschland bei den Steuern für seine sonstigen Ausgaben einen Ausgleich auch finden möge, einmal durch Verbesserung seiner volkswirtschaftlichen Organisation, zum andern aber auch in einer teilweisen Entlastung des Verbrauchs und in einer stärkeren Belastung des Besitzes und der hohen Einkommen.

Das Gutachten schlägt insbesondere ein Tabakmonopol vor. Dieses Monopol ist so gedacht, daß die Fabrikation verhältnismäßig wenig beeinträchtigt wird, daß aber der Zwischenhandel, der heute ungeheuerlich große Unkosten verursacht und in dem die Betriebe auf Kosten der Verbraucher sich in überaus unangenehmer Zahl vermehrt haben, mit niedrigeren Zuschlägen arbeiten soll. Der Zwischenhandel und Kleinhandel, die heute auf ihre Einkaufspreise 60 bis 60 Proz. und gelegentlich mehr im ganzen aufschlagen müssen, weil eben eine Anzahl kleiner Läden mit ganz kleinem Umsatz doch eine Erlöse finden wollen, soll mit kleineren Säben auskommen, mit 12 bis 15 Proz., so wie das auch in einer großen Zahl von Ländern längst der Fall ist; in Frankreich und Italien, in Österreich mit all seinen Nachfolgestaaten, in Schweden und mehrfach anderswo. Die so erzielte Ersparnis im Preise soll dem Staate zufließen und wird nach der m. E. nicht übersehbaren Berechnung der Sachverständigen eine Einnahme von rund 850 Millionen Goldmark im Jahre ergeben. Hier handelt es sich um eine Ausschaltung volkswirtschaftlich nicht notwendiger Zwischenglieder zugunsten der Staatseinnahmen. Es verlaute, daß an einigen Regierungen stellen man auf diesen Gedanken nicht eingehen, sondern lieber die Steuer noch höher schrauben wolle. Dies würde ein bedauerliches Verfehlen der an sich durchaus richtigen Absichten des Dawes-Komitees sein; ein Versuch, einen Punkt dieses Berichtes nicht durchzuführen, der den wirklichen Interessen der deutschen Volkswirtschaft zuwider und höchstens ausansehen einer kleinen, allerdings manchmal auffallend mächtigen Gruppe von Interessenten wirken würde.

Im übrigen verlangen die Sachverständigen des Dawes-Komitees eine Erhöhung der Umsatzsteuer. Diese verneuert die Waren um mindestens 10 Proz., ohne daß doch der Staat diese Beträge wirklich einnimmt. Sie ist eine der wesentlichen Ursachen unserer gegenwärtigen Überweltmarktpreise und wird unbedingt abgebaut werden müssen.

Dann aber verweist das Gutachten auf drei Einkommenquellen, die Deutschland nicht in genügender Weise ausgenutzt habe, nämlich auf die Erbschaftsteuer, deren Sätze nach ihrer Meinung hinter denjenigen der Ententestaaten beträchtlich zurückbleiben, ferner auf die Besteuerung der hohen Einkommen, bei denen sie in klassischer Weise nachweisen, daß die theoretisch hohen Sätze in Wirklichkeit praktisch noch nicht zur Hälfte eingekommen sind, und endlich verweisen die Sachverständigen auf die Möglichkeit, daß Deutschland auch eine Sachwertbelastung der Landwirtschaft durchführe. Man hat ein wenig den Eindruck, daß die Sachverständigen sich gewissermaßen entschuldigen, weil sie die von der Regierung Cuno ihnen direkt angebotenen 300 Millionen Goldmark jährlich aus Sachwertbelastung der Landwirtschaft nicht angenommen haben. Sie erklären, daß sie bei der augenblicklichen schwierigen Lage der Landwirtschaft mit Rücksicht auf die Volksernährung von solcher Last abgesehen hätten, daß aber Deutschland (offenbar bei Wiedereintritt normaler Umstände) eine solche Sachwertbelastung sehr wohl durchführen könne. Und endlich verweisen sie auch auf die Möglichkeit einer viel stärkeren Besteuerung der Inflationsgewinne, als Deutschland sie bisher versucht hat.

Der Dawes-Bericht will also einen Zustand schaffen, der unter allen Umständen besser für die Volkswirtschaft und besser für die breiten Massen ist als derjenige der Inflation und als der gegenwärtige des Mium-Systems. Aber keineswegs ist dieser Zustand so, daß man in ihm eine gerechte Verteilung der Lasten aus dem verlorenen Kriege erblicken kann, sondern was er zunächst schafft, ist eine Lastenverteilung großen Stils auf die breiten Massen und der Hinweis an diese, um diese Lastenauflegung nun im frei gebliebenen Gebiet, nämlich bei der inneren Staatslast, zu kämpfen.

Dieser Kampf wird zu führen sein etwa unter folgenden Gesichtspunkten:

1. Das Interesse der breiten Volksmassen erfordert nach Annahme des Dawes-Berichtes eine schleunigste und nachdrücklichste Hinarbeitung auf Abtragung der Kriegsschuld durch Kapitalisierung und schleunigste Freigabe sowohl des besetzten Landes wie der Pfänder, insbesondere derjenigen, die eine Belastung des Verbrauchs darstellen.
2. Zwischen müssen sich die deutschen Volksmassen bei ihrem Kampf um eine extraktive Gestaltung ihrer Lebensbedingungen auf die allgemeine Tendenz des Gut

achtens stützen, das ausbreitlich den Lebensstandard der deutschen arbeitenden Massen — und damit offenbar auch Arbeitszeit und Arbeitslohn nicht unter den allgemeinen Standard der Ententestaaten senken will.

3. Die Lasten, die das Gutachten auferlegt, treffen zu sieben Achten den Verbrauch und nur zu einem Achten den Besitz. Um so mehr muß die innere Staatslast einen Ausgleich für den Verbrauch bieten und durch eine stärkere Heranziehung des Besitzes getragen werden. Dieses Finanzprogramm muß zugleich so gestaltet sein, daß es die Tragung der Lasten nicht durch schwere Belastung der deutschen Arbeitskraft und des Verbrauchs, sondern durch hohe Organisation der deutschen Volkswirtschaft herbeiführt. In diesem Sinne würde das Finanzprogramm in äußeren Umständen etwa so aussehen müssen:

- a) Schnellste Herabsetzung der Umsatzsteuer auf höchstens 2 Proz. binnen Jahresfrist;
- b) Stärkste Heranziehung des Besitzes durch weitgehenden Ausbau der Erbschaftsteuer. Wirkliche Auswertung zugunsten der öffentlichen Hand und nicht Scheinaufwertung zugunsten einer kleinen zufälligen Gruppe einzelner Geschädigter. Dies allein ermöglicht
- c) Abbildung der Reparationslast durch weitergehende Sachwertfassung und Sachwertbelastung in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Bankwesen.
- d) Einföhrung von Monopolen unter Ausschaltung der überflüssigen, in der Inflationszeit eingestützten Handelsbetriebe auf Tabak, Alkohol und zugehörige Nebenartikel (Streichhölzer usw.).

4. Wichtigster Punkt: Steigerung des Ertrags der nationalen Arbeit durch höhere Organisation in der Volkswirtschaft, etwa unter folgenden Zeitlinien:

- a) Landwirtschaftsförderung nicht durch Schutzoll und Verbrauchsbelastung, sondern durch reichliche Zuführung billigster Betriebsstoffe, insbesondere Düngemittel, nach den Vorschlägen des Ministerpräsidenten Braun.
- b) Beseitigung der verküehrenden, übermäßig zahlreich eingeschalteten Handelsbetriebe durch bewußte Förderung der profitlosen Warenvermittlung, insbesondere der Genossenschaften.
- c) Steigerung des Ertrags unsres Außenhandels durch weitgehende Handelsverträge, die nicht durch Abschließung, sondern auf immer weitergehende internationale Arbeitsteilung abzielen.
- d) Durch Begünstigung der inländischen Ersparnis, die allein den für eine höhere Organisation der Volkswirtschaft erforderlichen Kapitalbetrag schaffen kann und Beteiligung auch des kleinen Sparerers an dem Ertrage dieser Kapitalbildung durch hohen Zins bei Sparklassen und allen öffentlichen Kreditanstalten für Einlagen.

Die Last des Dawes-Berichts ist kleiner als diejenige des Micum-Systems. Sie bleibt aber immer noch weit größer, als sie je einem Volke in der Weltgeschichte auferlegt worden ist. Sie wird nur dann abgetragen werden können, wenn wir durch höchste Organisation unsrer volkswirtschaftlichen Kräfte den größten Nutzeffekt aus unsrer Wirtschaft und unsrer Arbeit herausholen können. Wird dieser Nutzeffekt nicht durch Druck und Verelendung, sondern durch Verbesserung des gesamten wirtschaftlichen Apparats unsres Volkes erzielt, so wird trotz allem eine Besserung unsrer Lage und eine berechnete Hoffnung auf eine weit bessere Zukunft das Ergebnis sein können. Aber nicht bei fatalistischem An und Hinnehmen, sondern nur bei bewußtem Erkennen der Ziele und energischer Anwendung der Mittel.

Der Kampf um die Lastenverteilung aus dem Dawes-Gutachten

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund haben vor einiger Zeit einen Ausschuss einberufen, der untersuchen sollte, welche Auswirkungen die Durchführung des Sachverständigengutachtens (Dawes-Gutachten) auf die Lage der deutschen Arbeitnehmer hat und welche Schlussfolgerungen sich daraus für die freien Gewerkschaften ergeben. Die Arbeit des Ausschusses ist inzwischen beendet; das Ergebnis wird in einer Broschüre der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Bei der Untersuchung der Frage Annehmen oder Ablehnen ist der Ausschuss zu dem Ergebnis gekommen, daß die Freiheit der Entscheidung überhaupt nicht mehr bei Deutschland liegt. Die Ablehnung des Dawes-Gutachtens bedeutet nicht, daß die Reparationsleistungen entfallen zu können, sondern bedeutet im günstigsten Falle nur die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes. Daß es soweit gekommen ist, verdankt Deutschland seinen Kapitalisten. Sie haben jede vernünftige Erfüllungspolitik verweigert und dadurch das Ruhrabenteuer heraufbeschworen. Die deutsche Bourgeoisie hat die Welt zum voraussehen Sie hat sie nicht vernieden, sie hat sie eher gewünscht. Als sie vor der Entscheidung stand: Annehmen oder Ablehnen, hat sie bewußt sich für die zweite Kommune entschieden. Stimmt heute die Begründung dafür. Sie kann bekennen, daß er, daß sie die Gefahr, daß noch mehr deutsche Land besetzt wird, für geringer halte. Denn den Deutschen würde da

gerne, daß sie damit nichts erreichen, als daß sie bei erhöhten Unkosten noch weniger bekommen.

Nachdem sich diese Rechnung als falsch erwiesen hat, wurden die deutschen Schwerindustriellen durch die Micum-Berträge zu Erfüllungspolitikern. Noch mehr! Sie fordern heute mit Nachdruck die Durchführung des Dawes-Gutachtens. Aber all das tun sie immer mit diesem stillen Vorbehalt: Die deutschen Arbeiter müssen die Zehne bezahlen. Man wüßte sich nicht: Der sich gegenwärtig in Deutschland abspielende Kampf ist nicht ein Kampf um Annehmen oder Ablehnen, sondern ein Kampf um die Lastenverteilung! Deshalb die Weigerung, das Washingtoner Abkommensabkommen anzuerkennen. Die deutschen Arbeitnehmer sollen nach wie vor bezahlen: durch niedrige Löhne, durch lange Arbeitszeit, überhäupt durch Abbauder Sozialpolitik.

Der Ausschuss der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände hat dies erkannt. Die Gewerkschaften haben daher in einem Schreiben an den Reichskanzler darauf hingewiesen, daß das Dawes-Gutachten die Notwendigkeit unterstreicht, schon für das laufende Einkommensteuerjahr wichtige gesetzliche Ergänzungen für eine stärkere steuerliche Heranziehung der bestehenden Klassen in Deutschland vorzunehmen. Das Dawes-Gutachten sagt darüber: „Man kann zuverlässig sagen, daß die wohlhabenderen Klassen mit einem weit geringeren als dem ihnen gebührenden Anteil an der nationalen Last davon gekommen sind; daher haben wir es der deutschen Regierung zu erneuten Erwägung empfohlen, ob sie nicht, selbst angesichts der ausgegebenen Verwaltungsschwierigkeiten, die Veranlagungen der letzten Jahre bei diesen besonderen Klassen von Steuerzahlern nachprüfen und ihre Steuerlast neu auf Goldbasis festsetzen sollte.“ Die von den gewerkschaftlichen Bundesvorständen nachgesuchte Verhandlung mit der Reichsregierung fand am 11. Juli statt. Es ergab sich, wie nicht anders zu erwarten war, daß die Regierung Marx-Strosemann nicht daran denkt, eine sozial gerechte Lastenverteilung vorzunehmen. Sie will, wie bisher, Reparationspolitik auf Kosten der deutschen Arbeitnehmer treiben.

Was ergibt sich daraus? Das Dawes-Gutachten bezeichnet es als Deutschlands Sache, nachdem es bestimmte Lasten für tragbar hält, diejenigen Vorschriften über die Mittel und Wege zu erlassen, wie die Steuerlast aufgebracht werden soll. Diese innere Freiheit der Entscheidung bedeutet, daß die Lastenverteilung sowohl nach sozial gerechten Gesichtspunkten als auch ausschließlich oder überwiegend auf Kosten der deutschen Arbeitnehmer vorgenommen werden kann.

Deutschlands Reichsfinanzminister ist im Gegensatz zum Dawes-Gutachten der Auffassung, daß der Besitz steuerlich zu stark herangezogen ist. In seiner Verteidigungsschrift „Feste Mark — Solide Wirtschaft“ erklärt er: „Jeder muß einsehen, daß die Belastung des Besitzes bis an die äußerste mögliche Grenze vorgetrieben ist.“ Daraus zieht er den Schluss, daß die Kapitalisten nicht zu gering, sondern so stark belastet sind, daß für sie möglichst bald eine Verminderung der Belastung eintreten muß. Das war auch die Quintessenz der Aussprache mit den Gewerkschaftsvertretern.

Die aus dieser Situation zu ziehenden Schlussfolgerungen sind klar! Es muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die Mitwirkung der deutschen Arbeitnehmer bei der Durchführung des Dawes-Gutachtens davon abhängt, ob Sicherungen für eine sozial gerechte Lastenverteilung, d. h. für eine entsprechende Heranziehung des Besitzes, gegeben werden. Es ist für die freien Gewerkschaften untragbar, der Verabschiebung der Gesetze auf Grund des Dawes-Gutachtens stillschweigend zuzusehen und die innere Lastenverteilung alsdann durch den Bürgerblock auf Kosten der deutschen Arbeitnehmer vornehmen zu lassen. Was jetzt bereits zur Entscheidung steht, ist nicht nur die gegenwärtige, sondern auch die künftige Orientierung unsrer Steuerpolitik; es ist die Entscheidung über die künftige deutsche Sozialpolitik.

Berlin.

Frik Schröder.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesauschussführung

Der Bundesausschuss trat am 21. Juli zu einer zweitägigen Tagung zusammen. Der Bericht des Bundesvorstandes, den Leipzig erstattete, erstreckte sich auf die derzeitige Wirtschaftslage und die Kampfpläne der Gewerkschaften sowie auf die Tätigkeit des Vorstandes. Insbesondere wies er auf die große Bedeutung der Verhandlungen der sechsten internationalen Arbeitskonferenz in Genf über den Achtstundentag und die Ratifikation des Washingtoner Abkommens hin, die dem Kampf für die Erhaltung des Achtstundentages einen neuen Impuls geben. Die deutschen gewerkschaftlichen Erhebungen über die wirkliche Arbeitszeit in den Betrieben ließen erkennen, daß etwa ein Drittel der Betriebe länger als acht Stunden arbeite. In vier Industrien bewegten sich die Prozentniffer der Löhnerarbeit der Betriebe zwischen 46 und 78 Proz. und d. z. zwischen 44 und 82 Proz. Es muß das Bestreben der Gewerkschaften sein, das verlorene Terrain zurückzugewinnen oder wenigstens für die ungelassene Überarbeit tarifliche Überstundenzuschläge durchzusetzen. Im weiteren verholte er über den Abbau des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, über die Verhandlungen der beiden Internationalen Arbeiterkongresse, über die mit der Reichsregierung zu diesem Gegenstande und zur Sozialpolitik stattfindenden Verhandlungen, über den bevorstehenden internationalen Kongress für Sozialpolitik in Prag und über die vor wenigen Wochen abgeschlossene Konferenz

mit den Bezirkssekretären des DGB, die sich besonders mit den Fragen der Erwerbslosenfürsorge und der Neubelebung der Kaitation befaßte. Besonders die letztere Frage nahm der Bundesvorstand zum Anlaß, sie den Verbandsvorständen dringend ans Herz zu legen. In den Gewerkschaftsreisen machte sich vielfach Niederschlagenheit, Gleichgültigkeit und Unentschlossenheit geltend, die noch unter den Einwirkungen der Inflation fortwirkten und die Vorzeichen der bereits eintreffenden Besserung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet völlig übersehen. Die starken Verluste der Gewerkschaften seien mit auf diese Stimmung zurückzuführen, die sich leider auch zahlreicher Funktionäre bemächtigt habe. Dieser Pessimismus müsse aber überwunden werden. Es müsse das alte Selbstvertrauen zur eigenen Kraft und Arbeit und zu den Erfolgen der Gewerkschaften zurückkehren, die bei energischem Rühren und sähem Ringen auch nicht ausbleiben werden. Bereits ist es zahlreichen Gewerkschaften gelungen, wieder bessere Tarifabschlüsse als in den Wintermonaten zu erreichen. Die Gewerkschaften müssen sich wieder mehr der Aufgabe widmen, das Persönlichkeitsbewußtsein der Mitglieder zu heben. In der Ansprache wurde besonders über die Beschlüsse des Genossenschaftstages in Ulm betreffend das Nachtbadverbot beraten. Da dem Reichstage bereits Anträge zu diesem Gegenstande vorliegen, wurde es den dem Reichstage angehörenden Gewerkschaftsvertretern überlassen, zu prüfen, inwieweit den Wünschen der Genossenschaften nach Ausnahmen für Dreifächtenbetriebe Rechnung getragen werden kann, ohne das Nachtbadverbot selbst zu beseitigen. Ferner wurde die Notwendigkeit anerkannt, dem unwürdigen Zustand, in dem sich der vorläufige Reichswirtschaftsrat zurzeit befindet, sofort ein Ende zu machen. Eine diesbezügliche Entschliebung wurde einstimmig angenommen.

Über das Sachverständigengutachten und die Stellung der Gewerkschaften hielt Larnow einen sehr instruktiven Vortrag. Er erläuterte den Inhalt des Gutachtens und die damit für Deutschland verbundenen Lasten. Wer diese mit der gegenwärtigen Belastung, besonders aus den Micum-Verträgen, vergleiche, könne gar nicht darüber im Zweifel sein, daß die Vorschläge des Gutachtens wohl für uns erträglich und daher anzunehmen seien. Der Redner berichtete weiter über die Arbeiten der vom Bundesvorstand hierzu eingesetzten Kommission, deren Ergebnisse in einer Denkschrift zusammengefaßt und bis Ende des Monats im Druck vorliegen würden. Dieselbe soll allen Gewerkschaften zum Selbstkostenpreise zur Verfügung gestellt werden. Nach kurzer Ansprache wurde den Gewerkschaftsvorständen empfohlen, diese Frage eingehender in ihren Gewerkschaften zu behandeln.

Daran schloß sich der Bericht der vom Bundesauschuß eingesetzten Kommission über die Vorbereitung einer Volksabstimmung betreffend den gesellschaftlichen Achtstundentag, in deren Auftrag Plecki referierte. Die Kommission hat Sachverständige gehört und Gutachten eingeholt über die Frage, ob ein eigener Gesetzentwurf oder das Washingtoner Abkommen der Volksabstimmung zugrunde zu legen sei, und ist schließlich zu dem Entschluß gekommen, das letztere zu empfehlen. Die längere Ansprache, die sich hieran knüpfte, beschäftigte sich eingehend mit den Vorzügen und Mängeln beider Möglichkeiten, mit den Aussichten der im Gange befindlichen parlamentarischen Aktion und mit den Maßnahmen für die Durchführung der Volksabstimmung. Im Hinblick auf die in jüngster Zeit erfolgten Ankündigungen der Regierungen in England, Frankreich und Belgien, daß sie ihren Parlamenten jetzt die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens empfehlen wollen, beschloß der Bundesauschuß, die dem Deutschen Reichstage angehörenden Gewerkschaftsvertreter aufzufordern, durch einen entsprechenden Antrag im Reichstage die Regierung zu veranlassen, einen Gesetzentwurf über die Realung der Arbeitszeit in Deutschland vorzulegen, dessen Annahme und Durchführung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in angemessener Frist auch in Deutschland ermöglicht. Die Vorschläge der zur Vorbereitung einer Volksabstimmung über den Achtstundentag eingesetzten Kommission verwies der Bundesauschuß zunächst an die Vorstände der Einzelverbände zur beschleunigten Stellungnahme. Die Verbände sollen insbesondere über die Aufbringung der Geldmittel, die zur Propaganda für die Volksabstimmung erforderlich sind, verbindliche Beschlüsse herbeiführen. Der Bundesauschuß sprach sich dahin aus, daß der Mindestbeitrag jedes Mitgliedes für den zu schaffenden Propagandafonds 50 Pf. betragen muß. Jeder Verband soll die hiernach auf ihn entfallende Summe vom 1. November d. J. ab verfügbar halten. Die Vorstände der Verbände haben über ihre Entscheidung rechtzeitig an den Bundesvorstand zu berichten, damit dieser einer späteren Sitzung des Bundesauschusses das Ergebnis vorlegen kann. Der Bundesvorstand erwartet zugleich, daß bis dahin auch das Ergebnis der Reichstagsverhandlungen über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vorliegt und die angekündigte Ratifizierung in England, Frankreich und Belgien erfolgt oder doch weit vorbereitet ist.

In letzter Stelle berichtete Brey namens der vom Bundesauschuß in Ausführung des Leipziger Kongreßbeschlusses über die Organisationsfrage eingesetzten Kommission, daß diese, um einer geordneten Lösung näher zu kommen, einen Arbeitsauschuß eingesetzt habe. Dieser habe indes keine Arbeit infolge der allgemeinen Zeitverhältnisse, die alle Gewerkschaften mit einer Überlast von Aufgaben überbürdet, nicht erledigen können. Ein Vorwurf daraus könne niemand gemacht werden, am wenigsten dem Bundesvorstand, der vielmehr wiederholt gedrängt habe. Der Arbeitsauschuß werde am 21. und 25. September d. J. zusammentreten und der am 28. September tagenden Kommission seine Vorläufe unterbreiten. Letzere ist unterstrich nachmals die Stellung der Kommission, daß den Bundesvorstand an der Vorbereitung kein Vorwurf treffen, und empfahl der Kommission, wenigstens solche praktische Vorläufe zur Verbesserung der Organisation zu machen, daß sie der nächstjährige Kongreß zum Beschluß erheben könne.

Korrespondenzen

Elbina. Am 13. Juli fand in Marienburg die diesjährige Bezirksversammlung statt. Es waren hierzu Kollegen aus Elbina, Marienwerder, Marienburg, Dt. Eylau und Rosenberg erschienen. Vom Gauvorstand waren die Kollegen Reissner und Krause anwesend. Nach einem Beschluß des letzten Gantages in Königsberg werden ab 1. Oktober die Bezirke im Gau Ostpreußen wieder aufgelöst, und so war auch dementsprechend die Tagesordnung speziell auf die Auflösung des Bezirks einstellt. Reichen Beifall erntete Gauvorsteher Reissner für seinen packenden Vortrag: „Mißblide — Ausblide“. Die Marienburger Kollegen hatten für den gemütlichen Teil am Nachmittag allerlei Arrangements getroffen, um den auswärtigen Kollegen die Stunden in Marienburg so angenehm wie möglich zu machen. Zur Verschönerung des anschließenden Kommerzes und des Bezirksjohannisfestes trug das von Königsberg extra herübergekommene Soloquartett der Königsberger „Tyvographia“ wesentlich bei, wofür ihm noch an dieser Stelle Dank gesagt wird. Die achte Abendstunde trennte die Kollegen, die den letzten Bezirkstag des Bezirks Elbing mitgemacht hatten, in dem Bewußtsein, recht angenehme Stunden im Kollegenteile verbracht zu haben.

Göttingen. Am 13. Juli in Göttingen abgehaltene Bezirksversammlung war von den Bezirkskollegen gut, vom Vororte schlecht besucht. Herzberg, Lauterberg und Uslar waren nicht vertreten. Bezirksvorsitzender Krause gab einen Bericht vom Gantage; er wurde hierzu von den Kollegen Böhle (Bezirkskassierer), Schafke (Münden) und von unserm Gauvorsteher Pfingsten (Hannover) unterstützt. Überraschend war das Ergebnis der Gaulohnstatistik, wonach der Bezirk Göttingen mit nur 54 Proz. Aberminimumbezahlung an letzter Stelle steht. Eine vom Kollegen Schulze in letzter Stunde dem Gantage übermittelte Anregung über Stellungnahme zu den Zeitungsverboten bzw. Schadloshaltung der davon betroffenen Kollegen gab unserm Gauvorsteher Anlaß zu einer Verbreitung über die innere politische Lage, die wiederum ihre Erklärung finde in dem Kernsatz: Wer bezahlt die Reparationslasten? Immer mehr gehe das Bestreben der Wirtschaftskreise dahin, die Kosten des verlorenen Krieges den breiten Massen aufzuhalsen, was sich in dem Ruße nach Mehrarbeit und in dem Herunterdrücken des Reallohnes erkennen lasse. Alles in allem könnten wir konstataren, daß wir dem entgegenwirkende hätten und vorwärts gekommen seien. Die Nachwehen der hinter uns liegenden Jahre der Not drücken sich auch leider in der großen Zahl der Restanten aus. Kollege Schulze hielt ein recht lehrreiches Referat über die verschiedenen graphischen Druckverfahren, das wert war, von jedem Kollegen, vor allem den nicht anwesenden jüngeren, gehört zu werden. Eine Übersicht über alle Neuererscheinungen im modernsten Zeitungsverfahrensverfahren krönte seine instruktiven Ausführungen, für die ihm lebhafter Beifall dankte. Die Kollegen Joh. Schmidt und Fr. Döberg, die vierzig Jahre der Organisation angehören, sowie Kollege Sibieler, der 46 Jahre Verbandsmitglied ist und 50 Jahre buchdruckerischen Schaffens hinter sich hat, wurden entsprechend geehrt.

Prenzlau. Frohe Stimmung herrschte unter der hiesigen Kollegen-schaft, als sie ihr Johannisfest am 12. Juli im Kreise vieler Gäste im hiesigen „Volkshaus“ feierte. Vorstand und Festausschuß hatten alles aufs beste vorbereitet und ein Programm geschaffen, das alle Erwartungen übertraf, zumal der Prenzlauer Volksthor, der Arbeiter-Theaterverein und die Freie Turnerschaft zum schönsten Gelingen des Festes mit beitrugen. Bezirksvorsitzender Biesel (Eberswalde) hielt die Festrede. Mancherlei Belustigungen ließen die paar frühlichen Stunden gar zu schnell verfliegen. Besonderer Dank gebührt vor allem dem Leiter des Festausschusses, Kollegen Walter Jahn, aber auch allen andern Mitwirkenden an dieser Stelle unsern Dank. Ein gemeinsamer Spaziergang aller Prenzlauer Kollegen mit ihren Damen und den Kollegen aus Eberswalde und Pasewalk am frühen Morgen nach den Skanlanlagen am herrlichen Havelsee bildete den Abschluß unsres Johannisfestes.

Allgemeine Rundschau

Stiebzigster Geburtstag. Der langjährige Vorsitzende des Kreises III des Deutschen Buchdrucker-Vereins, Herr Eugen Mahlau in Frankfurt a. M., vollendete — wie wir in der „Zeitschrift“ lasen — am 23. Juli d. J. sein siebenzigstes Lebensjahr. Er gehört zu denjenigen Prinzipalsführern der alten Schule, denen die Gehilfenschaft trotz aller trennenden Gegenstände ihre Hochachtung nicht verlagern kann. Als von der Rife aufgedienter Buchdrucker verließ Eugen Mahlau, der Mitinhaber der Firma Schirmer & Mahlau in Frankfurt a. M., über ein Maß fachlicher Sachkenntnis und organisatorischer Begabung, das ihn schon frühzeitig als gewerblischen Führer und Berater der Prinzipalität prädestiniert erschienen ließ. Bereits seit dem Jahre 1899 bekleidete Herr Mahlau auch in der Sektion III der Buchdruckerberufsgenossenschaft den Vorsitzendenposten und seit 1909 amtiert er als Vorsitzender der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft.

Verlängerung des Lohnabkommens für Buchdruckerbuchbinder. Nachdem Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Vertretern über eine Verlängerung der Lohnsätze des am 2. Juli abgelaufenen Lohnabkommens für in Buchdruckerbetrieben beschäftigte Buchbinder ergebnislos verlaufen waren, einigten sich die Parteien auf eine Verlängerung des Lohnabkommens bis zum 1. August und der manteltariflichen Bestimmungen bis zum 30. September 1921.

„Die Arbeit.“ Unter diesem Titel erschien dieser Tage das erste Heft einer neuen Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde im Verlage des ADGB. Es handelt sich dabei um ein wissenschaftliches Zentralorgan der Gewerkschaften, das zunächst als Monatszeitschrift in einem Umfang von 64 Seiten erscheint. Als Herausgeber zeichnet Theodor Leipart und als Schriftleiter Lothar Erdmann. Das neue Organ hat den Zweck, die mit den neuen, erheblich erweiterten Aufgaben der Gewerkschaften zusammenhängenden Probleme theoretisch zu klären, in stetem Hinblick auf die praktische Tätigkeit der Gewerkschaften. Den Gewerkschaften soll Gelegenheit geboten werden, bestehende Gegensätze in organisatorischen und gewerkschaftspolitischen Fragen zum sachlichen Austrag zu bringen. Es soll ihnen die Möglichkeit geschaffen werden, in freiem Meinungsaustausch, ohne parteipolitische oder gewerkschaftsbürokratische Rücksichten, sich über die bedeutendsten Fragen zu verständigen, um die Einheit und Stohkraft der Bewegung zu fördern. „Die Arbeit“ soll die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung sowie zu andern Kreisen pflegen, die sich mit den Problemen der sozialistischen Wirtschaft und sozialistischen Kulturfragen beschäftigen, und die Stellung der Gewerkschaften im Ganzen der Arbeiterbewegung klären. Die neue Zeitschrift wendet sich vor allem an die heranwachsende gewerkschaftliche Führergeneration. Dieser will sie ein Wegbereiter zu den neuen Zielen sein, die sich für die Gewerkschaften aus ihrem Recht zur aktiven Mitwirkung an den wirtschaftsorganisatorischen und wirtschaftspolitischen Aufgaben wie am Ausbau des Arbeitsrechts ergeben. Von dem Können und der Initiative der jungen Führer wird es abhängen, ob die Gewerkschaften die ihnen zustehenden Rechte in der kommenden Zeit erfolgreich wahrnehmen, ob sie diese Rechte erweitern können. Führende Gewerkschaftler, maßgebende Volkswirtschaftler und Sozialpolitiker sind zur Mitarbeit ausersehen, und außerdem soll eine Reihe der angesehensten Nationalökonomien, Soziologen und Juristen zur Mitarbeit herangezogen werden, um die besten Kräfte für die Schulung des gewerkschaftlichen Führernachwuchses zu gewinnen. In dem Einführungsheft des ersten Heftes „Der Weg der Gewerkschaften“ entwickelt der Schriftleiter Lothar Erdmann das Programm der neuen Zeitschrift. Erik Tarnow, der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, bespricht die Wandlungen im Tarifvertragswesen. Der Altmeister der geschichtlichen Erforschung der Gewerkschaftsbewegung, Professor Ludo Brentano, behandelt „Die deutschen Gewerkschaften nach dem Versailler Friedensdiktat“ und stellt eine Reihe von Forderungen an die Gewerkschaften. Theodor Leipart kennzeichnet „Die Stellung der Gewerkschaften in der internationalen Arbeiterbewegung“ und legt die Beziehungen der Gewerkschaften zu den politischen Arbeiterparteien dar. Karl Menck, Dozent an der Hochschule für Politik, untersucht „Die Kulturbedeutung des Achttages“. Dr. Martin Wagner fordert in einem programmatischen Aufsatz „Gemeinwirtschaftspolitik“ die Schaffung eines wirtschaftlichen Generalstabes, der die Partei, die Gewerkschaften und die Genossenschaften zu einheitlicher Kampfkraft zusammenfaßt. Der Abonnementspreis der „Arbeit“, die durch die Post, durch den Buchhandel und durch die Druckschiffe des ADGB bezogen werden kann, beträgt vierteljährlich 3 M., für Gewerkschaftsmittglieder 2,40 M. Der Preis des einzelnen Heftes stellt sich auf 1 M., für Gewerkschaftsmittglieder auf 80 Pf.

Arbeiter-Kulturwoche in Leipzig. Nach der lebhaften Quartierfrage zu schließen, scheint die in den Tagen vom 2. bis 6. August in Leipzig stattfindende Arbeiter-Kulturwoche außergewöhnlich stark besucht zu werden. Die Veranstaltung wird eine großzügige Zusammenfassung alles dessen darstellen, was sich mit dem Worte Arbeiterkultur bezeichnen läßt. Das Programm gestaltet sich folgendermaßen: Sonnabend, den 2. August, vormittags 9 Uhr: Reichstagung der Kinderfreunde im Feurich-Saal; abends 7 1/2 Uhr: Beerdigungsfeier im „Volkshaus“. Sonntag, den 3. August, vormittags 9 Uhr: Morgenfeier der Jugend in der Altherhalle des „Kristallpalastes“; vormittags 11 Uhr: Aufführung der „Wandlung“ von Ernst Toller im Neuen Theater; nachmittags und abends Gewerkschaftsfest im „Lunapark“ mit Massenfestspiel. Montag, den 4. August, vormittags 9 Uhr: Reichskonferenz der Bezirksbildungs-ausschüsse im Neuen Rathaus, Reichstagung der sozialistischen Studenten im „Volkshaus“, Tagung des Reichsausschusses des Verbandes der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands; abends 7 Uhr: zweite Aufführung der „Wandlung“ im Alten Theater; 7 1/2 Uhr: öffentliche kulturelle Kundgebung in der Altherhalle („Die kulturelle Not der Gegenwart“, Redner Paul Löbe, H. Radbruch, Clara Bohm Schuch). Dienstag, den 5. August, vormittags 9 Uhr: Sozialistische Kulturkonferenz im Neuen Rathaus. 1. Ziel und Inhalt sozialistischer Kulturarbeit. Referent Staatssekretär Heinrich Schulz. 2. Das sozialistische Bildungswesen im Verhältnis zur Bildungsarbeit von Staat und Gemeinde. Referent Redakteur Dr. Vohmann. 3. Die wissenschaftliche Arbeit des Sozialismus. Referent Engelbert Graf (Stuttgart), Leiter der Bildungszentrale des Deutschen Metallarbeiterverbandes. 4. Sozialismus und Kunst. Referent Professor Leo Kestenberg. Nachmittags: Besichtigung der Buch- und Kunstausstellung; abends 6 Uhr: Frauen- und Jugendkundgebung im Neuen Rathaus. Wiederholung des Massenfestspiels vom Gewerkschaftsfest. Mittwoch, den 6. August, vormittags 9 Uhr: Sozialistischer Vortrag im Neuen Rathaus; abends 7 1/2 Uhr: Schlußfeier mit Aufführung des Chörewerkes „Eamson“ von Gaendel durch den Leipziger Volkchor. Für Besucher der Leipziger Kulturwoche aus Kolonialreisen sei besonders darauf hingewiesen, daß die Buchausstellung im Volkshaus am Alten Theater einen interessanten Überblick gewährt über die Buchwelt und über das für die Arbeiterklasse bedeutungsvolle belletristische Schrifttum.

Steigende Erwerbslosenziffer im Reich. In der Zeit vom 1. bis 15. Juli ist im unbesetzten Deutschland die Zahl der unterstützten Erwerbslosen von 239 600 auf 275 000, d. h. um 15 Proz., die Zahl der Zuschlagsempfänger unterstützungsberechtigter Angehöriger von Erwerbslosen von 257 000 auf 331 000, d. h. um 28,5 Proz. gestiegen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß nach den geltenden Bestimmungen ein nicht unbeträchtlicher Teil der Erwerbslosen keine Unterstützung erhält. Aus dem besetzten Gebiet liegen Erwerbslosenziffern noch nicht vor.

Erwerbslosenunterstützung nach Streiks und Aussperrungen. Wie wir in Nr. 59 berichteten, nahmen der Bundesvorstand des ADGB und die zusammenberufenen Bezirkssekretäre des Reiches am 4. und 5. Juli zu den dringlichsten Fragen der Erwerbslosenunterstützung Stellung. Um die gleiche Zeit ersuchte der Bundesvorstand die Regierung dringlich, die Bestimmung im § 3 der Reichsverordnung über die Erwerbslosenfürsorge zu ändern, wonach Arbeitnehmer, die durch Streik oder Aussperrung arbeitslos wurden, erst vier Wochen nach Beendigung des Streiks in den Genuß der Unterstützung kommen. In der betreffenden Eingabe wurde darauf hingewiesen, daß die vierwöchige Sperrfrist der Erwerbslosenunterstützung von den Gewerkschaften als untragbare Härte gegenüber den Erwerbslosen stets bekämpft worden ist. Stellt diese Bestimmung schon unter normalen Verhältnissen eine untragbare Härte für den nach Abschluß eines Arbeitsstreiks nicht wieder eingestellten Arbeiter dar, so drängen die besonderen Verhältnisse der augenblicklichen Wirtschaftslage auf eine sofortige Änderung. Eine Reihe von schwebenden Arbeitskämpfen ist auf die weichende Konjunktur zurückzuführen. Beim Fehlen tarifvertraglicher Vereinbarungen versuchen Unternehmer in vielen Fällen, der Belegschaft verschlechterte Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzuzwingen, um unter Ausnutzung des schlechten Geschäftsganges, der sie ohnehin zur Verminderung der Belegschaft zwingen würde, einen Kampf um die Arbeitsbedingungen auszutragen. In steigendem Maße zeigt sich auch, daß Unternehmer den Streik um die Arbeitsbedingungen geradezu provozieren, um auf diesem Wege die Stilllegungsverordnung zu umgehen. In all solchen Fällen gelten Massen von Arbeitern, die auch ohne den Arbeitsstreik arbeitslos geworden wären, auf Grund der Bestimmungen des § 3 der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge als für vier Wochen von der Unterstützung ausgeschlossen. Diesem offensibaren Unrecht gegenüber betonte der Vorstand des ADGB in seiner Eingabe die Pflicht der Reichsregierung, mit größter Beschleunigung die bestehende Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge abzuändern und die Entziehung der Erwerbslosenunterstützung für Arbeitslose, deren Arbeitslosigkeit durch Ausstand oder Aussperrung verursacht ist, nur auf die Dauer des Ausstandes oder der Aussperrung zu beschränken.

Professoren Weltfremdheit. In Frankfurt a. M. wurde kürzlich eine sogenannte Konferenz zur Wertpolitik abgehalten. Den Hauptvortrag hielt dort der bekannte Gießener Universitätsprofessor Hornecker über „Die sozialpolitische Bedeutung der Wertgemeinschaft“. Er sprach über die Wichtigkeit der Persönlichkeit und der Individualwirtschaft, woraus sich der Schluß ergibt, daß die Verantwortlichkeit für die einzelnen vom Betrieb übernommen werden soll. So hält es der Herr Professor für unrichtig, daß der Staat Altersrenten verteilt. Altersrenten sollten nur von den Betrieben ihren im Betrieb altgewordenen und mit dem Betrieb verwachsenen Arbeitern gewährt werden. „So siehst du aus!“ Das ist das einzige, was man dazu sagen kann. Denn eine Kritik des Vorschlages des Gießener Professors, der von den Eigentümlichkeiten der kapitalistischen Produktion in der Praxis keine Blase Ahnung hat, erübrigt sich wirklich. Sein Vorschlag zeugt tatsächlich von einem nicht gewöhnlichen Maß von Weltfremdheit.

Preussische Ausführungsbestimmungen zur Arbeitszeitverordnung. Mit Rücksicht auf die bei der Durchführung der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember v. J. bisher gemachten Erfahrungen hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin einen umfangreichen Erlaß herausgegeben, aus der der „Amtliche Preussische Pressedienst“ folgendes wiedergibt: Der Ausgleich des an einzelnen Werktagen etwa eintretenden Ausfalls an Arbeitsstunden ist nur innerhalb der 48stündigen Woche oder der 96stündigen Doppelwoche zulässig, es sei denn, daß durch Tarifvertrag oder behördliche Ausnahmegenehmigung ausdrücklich etwas anderes vereinbart oder gestattet ist. Das Recht der Beanstandung von Bestimmungen über die Arbeitszeit in nicht für allgemein verbindlich erklärten Tarifverträgen, die nur innerhalb eines Regierungsbezirks oder innerhalb des Bezirks der Stadt Berlin Geltung haben, ist auf die Regierungspräsidenten bzw. auf den Polizeipräsidenten von Berlin übertragen. Zweck Förderung der tarifmäßigen Arbeitszeitrechnung ist es notwendig, die Beteiligten auf den Weg der Schlichtung hinzuweisen und zugleich durch persönliche Bittannahme mit dem zuständigen Schlichtungsausschuß oder Schlichter festzustellen, welche Aussichten für eine tarifliche Regelung im Wege der Schlichtung bestehen. Auf die Einschaltung ausreißender Pausen soll mit Nachdruck hingewirkt werden. Bei einer Arbeitszeit von mehr als 6 bis 8 1/2 Stunden einschließlich sollen für weibliche Arbeitnehmer die Pausen in der Regel 1/2 Stunde dauern; bei einer Arbeitszeit von 8 1/2 bis zu 9 1/2 Stunden einschließlich mindestens 1/2 Stunden und bei mehr als 9 1/2 Stunden Arbeitszeit mindestens eine Stunde. Für jugendliche Arbeitnehmer sollen mit Rücksicht auf ihre größere Sanftmütigkeit entsprechend längere Pausen vorgesehen werden. Der Arbeiterschutz in den Betrieben der Gemeinden und Gemeindevorkantonen liegt den Gewerkschaftsbeamten in diesem Umfang ob und ist in der gleichen Weise wahrzunehmen wie in den privaten gewerblichen Betrieben.

H. E. H. Born, geb. in Schillingen 1793, amgel. in Giffallen 1821; G. Albert ...

den Buchstaben werden gegeben, die durchreisenden Kollegen auf diese Veränderung hin ...

Versammlungskalender

Dresden, Drucker-Versammlung Sonnabend, den 2. August, abends 6 Uhr, im ...

Arbeitslosenunterstützung

Zahlstelle Mannheim. Die Unterstützung der Arbeitslosen erfolgt ...

Anzeigen

Anzeigen, welche die Lehrgangsbücher ...

Annahmestellen Montag und Donnerstag früh zur jeweilig ...

Verein Leipziger Stereotypen- und Galvanoplastiker. Connabend, den 23. August, im großen Saal ...

Tüchtiger Werkseher für Typograph u. m. mit Winkler-Heilung gesucht. Dauernde, angenehme Stellung. Hohe Lohnzulage. ...

Maschinenmeister an Schnellpressen. An Irren kommen nur jüngere Geistes, da für Verheiratete keine Unterkunft besorgt werden kann. ...

Tüchtiger Monotypsetzer in gutbezahlte Dauerstellung (für sofort gesucht). Angebote an ...

Hamburg-Altona! Tüchtiger, älterer, durchaus selbständiger Rotationsmaschinenmeister für König & Vauer'sche Maschinen-Rotationsmaschine (Form. ...

Galvanoplastiker mit vielseitigen Erfahrungen in dauernde Stellung gesucht. Bei ...

Junger Akzidenzsetzer zurzeit als erster Setzer in kleiner Druckerlei beschäftigt, sucht ...

Akzidenzsetzer 32 Jahre alt, ledig, sucht sich zu verändern. Moderner, flotter ...

Erster Akzidenz- und Inseratensetzer möchte sich verändern. 20 Jahre alt, ledig; flotter, sauberer ...

Illustrations-Rotationsmaschinenmeister 24 Jahre, ledig, in Monotypie u. Setzerei, an 4-6 Seit. ...

Typographsetzer Model 1-11, sofort in Dauerstellung für Setzereibetrieb (Nachdruck) gesucht. ...

Rotationsmaschinenmeister der auch in der Stereotypie mitthilt. Dauerstellung, angenehmes Arbeiten, Bezahlung ...

Inseratensetzer 19 Jahre alt, sucht sofort Stellung, wo er sich event. an ...

Galvanoplastiker dem die Verfertigung von ...

Einflussgabelle 19 Jahre alt, sucht sofort Stellung, wo er sich event. an ...

Einflussgabelle 19 Jahre alt, sucht sofort Stellung, wo er sich event. an ...

Einflussgabelle 19 Jahre alt, sucht sofort Stellung, wo er sich event. an ...

Junger, tüchtiger Monotypsetzer alle vorerwähnten ...

Schriftsetzer mit all. vorz. ...

Drückermeister, älteren ...

Prägesteher ...

Handwerker- und Kunstgewerbelehre ...

Ahlen und Plazetten ...

Brandenburgischer Maschinensetzerverein ...

Verdinnerverein ...

Einflussgabelle ...

Einflussgabelle ...

Einflussgabelle ...

Einflussgabelle ...

Einflussgabelle ...

Einflussgabelle ...

Einflussgabelle ...

Einflussgabelle ...

Am 12. Juli verschied nach kurzem Krankenlager ...

Am 24. Juli verstarb nach kurzem ...

Nach langem, schwerem Krankenlager verstarb am 22. Juli ...

Nach langem, schwerem Krankenlager verstarb am 22. Juli ...

Nach langem, schwerem Krankenlager verstarb am 22. Juli ...

Nach langem, schwerem Krankenlager verstarb am 22. Juli ...

Nach langem, schwerem Krankenlager verstarb am 22. Juli ...

Nach langem, schwerem Krankenlager verstarb am 22. Juli ...

Nach langem, schwerem Krankenlager verstarb am 22. Juli ...

Nach langem, schwerem Krankenlager verstarb am 22. Juli ...

Nach langem, schwerem Krankenlager verstarb am 22. Juli ...

Nach langem, schwerem Krankenlager verstarb am 22. Juli ...

Nach langem, schwerem Krankenlager verstarb am 22. Juli ...

Nach langem, schwerem Krankenlager verstarb am 22. Juli ...

Nach langem, schwerem Krankenlager verstarb am 22. Juli ...

Nach langem, schwerem Krankenlager verstarb am 22. Juli ...